

Eingang:

Frankfurt, 19. Juni 2023

Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer

Azubi-Wohnheime schaffen – jetzt sofort

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadt Frankfurt gründet nach Münchener Vorbild gemeinsam mit der DGB-Jugend Frankfurt und dem Frankfurter Jugendring ein Auszubildendenwerk für Frankfurt, mit dem Ziel, die Lebens-, Ausbildungs- und Wohnbedingungen von Auszubildenden in Frankfurt dauerhaft zu verbessern.

Im Besonderen ist es die Aufgabe des AzubiWerks durch die Schaffung und Bereitstellung geeigneten Wohnraums, in Kooperation mit dem Amt für Bau und Immobilien, den städtischen Wohnungsbaugesellschaften, ausbildenden Unternehmen und freien Trägern, die Wohnsituation von Auszubildenden in Frankfurt dauerhaft zu fördern und Angebote zu schaffen, die ein eigenständiges, gemeinschaftlich organisiertes Wohnen auch für diejenigen Auszubildenden ermöglichen, die sich auf dem Frankfurter Wohnungsmarkt nicht aus eigener Kraft versorgen können.

Als erste Wegmarke verpflichtet sich die Stadt Frankfurt, bis 2024 in stadteigenen Liegenschaften 500 Azubi-Wohnheimplätze bereitzustellen. Die dafür notwendigen Mittel werden in den Haushalt 2023 eingestellt und für kommende Haushaltsjahre verstetigt bis der Bedarf an Azubi-Wohnheimplätzen gedeckt ist. Darüber hinaus werden Mittel bereitgestellt, um die Planungen für das Azubi-Wohnheim im neuen Wohngebiet nördlich Frankfurter Berg - Hilgenfeld weiterzuverfolgen und schnellstmöglich zu realisieren. Zusätzlich werden Planungen aufgenommen und die notwendigen Mittel bereitgestellt, um ein weiteres Azubi-Wohnheim-Neubauprojekt in zentralerer Lage zu realisieren.

Begründung:

Niedrige Ausbildungsvergütungen sowie steigende Lebenshaltungskosten sorgen unter Auszubildenden für existenzielle Nöte. Zudem ist der Wohnraum in Frankfurt knapp und teuer. Auf dem Wohnungsmarkt konkurrieren Auszubildende mit Wohnungssuchenden, die finanziell häufig besser ausgestattet sind. Die Folgen davon sind eine überdurchschnittliche Mietbelastungsquote unter Auszubildenden und wenig finanzieller Spielraum zum Leben.

Die Stadt Frankfurt schreibt sich die Förderung von Auszubildenden auf die Fahne, auch um den eklatanten Fachkräftemangel zu bekämpfen. Im Bereich vom Auszubildenden-Wohnen passiert leider zu wenig. Bereits 2016 wurde die Schaffung von Azubi-Wohnheimen im Rahmen des Masterplans Industrie beschlossen. Auch im aktuellen Koalitionsvertrag sind verschiedene Maßnahmen dazu festgeschrieben, z.B. eine Quote bei großen Bauvorhaben oder die Einrichtung eines entsprechenden Wohnheims. Bislang wurde lediglich eine [Machbarkeitsstudie](#) veröffentlicht.

Die bestehenden Azubi-Wohnungen sind bei Weitem nicht ausreichend und die Stadt ist von der Umsetzung der angekündigten Projekte leider noch weit entfernt. Aus diesem Grund braucht es die Bündelung der Aufgaben in einem Auszubildendenwerk. Die Stadt München agiert damit sehr erfolgreich und Frankfurt sollte die Vorgehensweise übernehmen. In München wurde beschlossen, bis Ende 2025 1000 Wohnungen für Auszubildende zu schaffen. Dazu werden Kooperationsprojekte mit städtischen Wohnungsgesellschaften, ausbildenden Unternehmen sowie freien Trägern geschlossen und die Stadt prüft stadteigene Liegenschaften. Auch die Wohnungsvergabe und Mitbestimmung von Auszubildenden ist vorbildhaft geregelt. Dem Auszubildendenwerk kommt dabei die Rolle der vernetzenden Zentralstelle zu.

In Frankfurt herrscht großer Leerstand, auch in stadteigenen Liegenschaften. So könnte beispielsweise die Stiftstr. 32 oder auch der Paradieshof zu Azubi-Wohnheimen umgebaut werden. Weitere Liegenschaften wären auf die Nutzungsform hin zu prüfen.

Im zukünftigen Wohngebiet Hilgenfeld ist ein Azubi-Wohnheim geplant. Allerdings herrscht dort wegen der Teuerung im Bau derzeit ein Baustopp, der viele der dort geplanten Projekte vor große Herausforderungen stellt. Das angedachte Azubi-Wohnheim muss schnell in die fortgeschrittene Planungsphase gelangen und schnellstmöglich umgesetzt werden. Von den Auszubildenden wird allerdings auch eine zentrumsnahe Wohnraumversorgung gefordert, denn viele der Ausbildungsstätten befinden sich in oder nahe der Innenstadt. Daher sollte ein weiteres zentral gelegenes Azubi-Wohnheim diesen Bedarf abdecken helfen.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Michael Müller
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff

Stv. Dominike Pauli

Stv. Daniela Mehler-Würzbach

Stv. Eyup Yilmaz

Stv. Michael Müller

Stv. Monika Christann